

# Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen



## Pressemitteilung

**Kommunale Spitzenverbände fordern Maßnahmenpaket für pädagogisches Personal**

### **Fachkräftemangel bereit Kommunen große Sorge – Rechtsanspruch auf Kita-Platz in Gefahr**

Die Städte, Kreise und Gemeinden fordern das Land auf, schnell und gezielt gegen den wachsenden Mangel an pädagogischen Fachkräften vorzugehen. In etlichen Tageseinrichtungen für Kinder fehlt schon jetzt so viel Personal, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht mehr vollständig erfüllt werden kann.

**„Mittlerweile müssen zahlreiche Kitas ihr Angebot einschränken und die Betreuungszeiten reduzieren“**, warnten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände in NRW, Helmut Dedy (Städtetag), Dr. Martin Klein (Landkreistag) und Christof Sommer (Städte- und Gemeindebund). Teilweise sähen sich Einrichtungen gezwungen, Gruppen zusammenzulegen, in Ausnahmefällen seien sogar ganze Einrichtungen geschlossen worden.

**„Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab dem Jahr 2026 wird sich die Situation nochmals deutlich verschärfen“**, betonten die Hauptgeschäftsführer. Aus Sicht der Kommunen bestehe daher dringender Handlungsbedarf. Notwendig seien kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen.

Dass das Land kürzlich das Alltagshelferprogramm bis zum Ende des Kita-Jahres verlängert habe, um die Fachkräfte zu entlasten, sei ein guter Anfang. **„Die Mittel müssen allerdings dauerhaft zur Verfügung stehen, damit die Kita-Helferinnen und Kita-Helfer fest angestellt werden können“**, forderten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände.

Darüber hinaus müsse man, zumindest vorübergehend, von hohen Standards beim Personal abweichen können. Die kommunalen Spitzenverbände schlagen vor, geeignete, nicht fachspezifisch ausgebildete Ergänzungskräfte zu beschäftigen, die zeitnah eine 160 Stunden-Fortbildung absolvieren müssen. **„Um Kitas und Familien schnell helfen zu können, muss das Land die gesetzliche Grundlage für die Beschäftigung von Fachkräften kurzfristig ändern und die Personalverordnung anpassen. Die vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz muss Vorrang haben“**, so

28. Oktober 2022

Städtetag NRW  
Daniela Schönwälder  
Pressesprecherin  
Telefon 0221 3771-135  
daniela.schoenwaelder@staedtetag.de  
Gereonstr. 18 - 32  
50670 Köln  
www.staedtetag-nrw.de

Landkreistag NRW  
Rosa Moya  
Pressesprecherin  
r.moya@lkt-nrw.de  
Telefon 0211 300491-160  
Kavalleriestraße 8  
40213 Düsseldorf  
www.lkt-nrw.de

Städte- und Gemeindebund NRW  
Philipp Stempel  
Pressesprecher  
Telefon 0211 4587-230  
philipp.stempel@kommunen.nrw  
Kaiserswerther Straße 199 - 201  
40474 Düsseldorf  
www.kommunen.nrw

Dedy, Klein und Sommer. Voraussetzung sei in jedem Falle, dass das Kindeswohl uneingeschränkt gewährleistet bleibe.

Außerdem brauchen die Kommunen viele verschiedene langfristige Maßnahmen, um mehr Fachkräfte für die Erziehungsberufe zu gewinnen. Die wichtigsten sind:

- deutlicher Ausbau der Studienplätze an den Universitäten für Elementarpädagogik
- deutlich mehr Ausbildungskapazitäten an den Schulen, die das Personal in den Tageseinrichtungen ausbilden
- Ausbildung des erforderlichen Lehrpersonals
- schnellere Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Mit der notwendigen Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sollte das Land auch kurzfristig schon verstärkt auf die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) von Erzieherinnen und Erziehern sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern setzen.